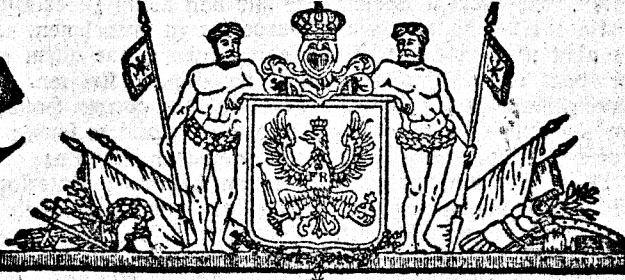


Vossische



Zeitung

Begründet 1704
Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bozang: In Gross-Berlin und Umgegend monat. 7,50 M., durch eigene Boten tgl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. u. 70% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 851, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Beschleunigte Steuereinzahlung.

Eine neue Anleihepolitik?

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Frage der Wiederdarlegung der schwebenden Schulden dürften sich, wie wir erfahren, bis zum Ende der Woche ausdehnen. Bereits in der gestrigen ersten Sitzung unter Vorsitz des Reichsfinanzministers wurde über eine neue Anleihepolitik gesprochen und es wurden Maßnahmen zur beschleunigten Einziehung der Steuern erwogen.

Das Leipziger Verfahren.

Unterredung mit Oberreichsanwalt Zweigert.

Der Oberreichsanwalt am Reichsgericht in Leipzig Zweigert äußerte sich unserem Leipziger Vertreter gegenüber über die bevorstehenden Prozesse gemäß § 228 des Friedensvertrages folgendermaßen:

Wenngleich eine Entschleunigung des Kabinetts über Annahme des Entente-Vorschlages (an dessen Annahme trotz der grundsätzlichen Aufrechterhaltung des § 228 mit dem Auslieferungsanspruch der Alliierten wohl kaum zu zweifeln ist) noch abzuwarten bleibt, ehe das Reichsgericht bzw. die Reichsanwaltschaft mit der Verfolgung der Beschuldigten beginnt, stehen doch schon gewisse Richtlinien fest. Diese sind durch das Gesetz vom 18. Dezember 1919 betreffend Verfolgung von Kriegsvergehen und -Verbrechen gegeben. Darin wird bereits ein Senat des Reichsgerichts als erkennende richterliche Behörde festgelegt und die Reichsanwaltschaft grundsätzlich mit den Funktionen der Staatsanwaltschaft betraut. Im Rahmen dieses vielleicht durch eine Novelle zu erweiternden Gesetzes, das eigentlich nur für Inland-Beschuldigte bestimmt war und das übrigens eine Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes involviert, wird technisch die Durchführung der bevorstehenden Prozesse gegen die auf der Auslieferungsliste stehenden erfolgen. Im Verfolg des angezogenen Gesetzes schweben übrigens bereits bei der Reichsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen „Kriegsverbrecher“.

Im einzelnen läßt sich über die Verfolgung der auf der Auslieferungsliste stehenden Persönlichkeiten noch nichts sagen. Diese Liste ist, wie sie bisher vorliegt, im hohen Grade unzulänglich. Die Entente scheint ja denn auch in mehr substantiierter Weise ihre Anlagen unterbreiten zu wollen. Das Ermittlungsverfahren wird, um nur zweierlei herauszugreifen, bei der oft mehr als dürftigen Bezeichnung der Beschuldigten — falsche oder überhaupt keine Namen — und bei der Qualität des bisher veröffentlichten „Beweismaterials“ (man denke an den Wert von Kriegsfangenen-Aussagen, an die Möglichkeit von Brief- und Tagebuch-Fälschungen, die Herbeiziehung ausländischer Zeugen) sich sehr schwierig gestalten. Die Vernehmung von Zeugen in Straf-sachen war ja vor dem Kriege durch die derzeit ad acta liegenden Staatsverträge vielfach garantiert. Allerdings blieben politische Prozesse davon ausgeschlossen. Trotz einer für den gegenwärtigen Zweck erfolgten Erweiterung des Personalbestandes der Reichsanwaltschaft kann natürlich viel Zeit über der Erledigung dieser recht umfangreichen Angelegenheit vergehen; aber man wird die einfach liegenden und klaren Fälle schnellstens zum Abschluß bringen und so aller Welt zeigen, daß die Reichsanwaltschaft mit strengster Loyalität ihre Aufgaben erfüllen wird.

Die deutschen Schiffe in Amerika.

Drahtmeldung.

Washington, 18. Februar. (S. N.)

Die Versteigerung der ehemaligen deutschen Schiffe durch das Schiffsamt ist aufgegeben worden. Nachdem man einige Zeit geboten hatte, erklärte die Behörde, daß jedes Angebot dem Handelsausschuß des Senats vorgelegt werden müßte; es sei anzunehmen, daß sämtliche Angebote abgelehnt werden dürften, da sie alle zu niedrig seien. Am Dienstag wurde nur ein einziges Angebot, und zwar auf die „Ostego“, mit 550 000 Dollar gemacht. Schiffsfachverständige erklären die geringen Angebote durch die Haltung des Senats, die die Schiffseigentümer zur Zurückhaltung veranlasse. Senator Jones hat eine Gesetzesvorlage eingereicht, durch die dem Schiffsamt verboten wird, die früheren deutschen Fracht- und Passagierdampfer zu verkaufen, bevor der Kongreß seine Genehmigung dazu gegeben hat, und nach der ferner das Schiffsamt den Auftrag erhält, die Schiffe zu reparieren und für den sofortigen Dienst fertigzumachen.

Präsident Deschanel's Amtsantritt.

Drahtmeldung.

Paris, 18. Februar. (B. L. B.)

Heute nachmittag fand im Elysée die sogenannte „Transmission des Pouvoirs“ statt. Präsident Deschanel wurde vom Ministerpräsidenten Millerand in dem Palais des Kammerpräsidenten abgeholt und nach dem Elysée geleitet, wo er von dem bisherigen Präsidenten Poincaré, sämtlichen Ministern und den Präsidenten der Kammer und des Senats empfangen wurde.

Poincaré begrüßte seinen Nachfolger und erklärte in seiner Rede, der über Frankreich dahingebraust, habe nicht einen Augenblick seine republikanische Einrichtungen in Gefahr gebracht. Sie hätten Frankreich gestützt, den Angriff siegreich zurückzuschlagen. Die Verfassung, so wie sie sei, hätte das Verdienst gehabt, die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Freiheit sicherzustellen. Zwischen der Regierung, den Kammern und der Armee seien die Beziehungen fest gewesen. Er habe keinen anderen Gedanken gehabt, als die notwendige Zusammenarbeit zu begünstigen. Die Aufgabe, die Deschanel heute erwarte, sei nicht weniger bedeutend. Sie hätte keinem Besseren anvertraut werden können.

Während der sieben Jahre seiner Präsidentschaft müßte Deschanel ohne Unterlaß die Ausführung des Friedensvertrages sicherstellen, dessen Verpflichtungen auszuführen sich Deutschland schon jetzt nicht sehr geneigt zeige. Es werde auch keine Aufgabe sein, die Kontinuität der französischen Außenpolitik sicherzustellen, die Bündnisse aufrecht zu erhalten, den Völkerbund zu befestigen, um aus dem Frieden, der heute nur eine Hoffnung und ein Name sei, etwas zu machen. Im Innern des Landes werde Deschanel ohne Unterbrechung zu wachen haben über die Wiederaufrichtung des Landes, über die Verbesserung der Finanzen, über das wirtschaftliche Gedeihen und über den Wiederaufbau der unglücklichen Provinzen. Das sei ein ungeheures Unternehmen, für welches der Präsident auf die Mitarbeit aller Franzosen zählen dürfe.

Deschanel erwiderte kurz, indem er Poincaré sagte, er habe Frankreich mit bewundernswürdigem Patriotismus während der tragischen Stunden vertreten. Auch er glaube, unterstützt von den gefegenden Versammlungen, von ganzem Herzen für die Größe Frankreichs und der Republik arbeiten zu können.

Während dieser Reden wurden 21 Kanonenschüsse abgefeuert. Deschanel, begleitet von seinem Vorgänger, begab sich alsdann nach dem Rathaus, wo er in Anwesenheit der ehemaligen Präsidenten Douhet und Fallières vom Municipalrat feierlich empfangen wurde.

Die Antwort der Entente an Wilson.

Drahtmeldungen.

London, 18. Februar. (B. L. B.)

„Daily Mail“ schreibt, es verlautet, daß die Antwort an Wilson besagt, der Oberste Rat sei gezwungen gewesen, während der freiwilligen Abwesenheit des amerikanischen Vertreters Beschlüsse zu fassen. Die Antwort legt ferner auseinander, daß die Adria-Vorschläge Wilsons in Kraft gesetzt werden sollen, wenn Wilson sagen wolle, wie sie ausgeführt werden sollen.

Mailand, 18. Februar. (B. L. B.)

Der „Corriere della Sera“ meldet, Prinzregent Alexander von Serbien habe den Vertreter Serbiens auf der Friedenskonferenz, Vesnić, mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut. (Wesnić ist der Führer der Partei, die sich jedem Entgegenkommen Italiens gegenüber in der Adria-Frage widersetzt.)

Arbeitnergewerkschaften und Produktivgenossenschaften.

Auf dem Pariser Kongreß der Produktivgenossenschaften gab der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes Jouhaux nach der „Humanité“ eine beachtenswerte Erklärung über das Verhältnis der Arbeitnergewerkschaften zu den Produktivgenossenschaften ab. Er sagte, er könne den Gedanken der Produktivgenossenschaften annehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß das Sonderinteresse hinter dem Allgemeininteresse zurücktrete. Dagegen könne er nicht zugeben, daß anstelle des Privatinteresses das Interesse der Genossenschaften treten soll. Der französische Gewerkschaftsbund, so erklärte Jouhaux, könne Schlagworte wie „Die Bergwerke den Bergarbeitern!“ oder „Die Eisenbahn den Eisenbahnern!“ nicht billigen. Sie könne noch weniger zugeben, daß die Produktivgenossenschaften das Vorrecht einer kleinen Zahl von Leuten sein sollen.

Ostpreußens Abstimmungen.

Von

Julius Eibau,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Allenstein, 18. Februar.

Napoleon hat Preußen zerschlagen, aber er hat Westpreußen und den Niederrhein nicht losgerissen, weil er wußte, daß diese Wunde sich niemals wird schließen können. In diesem ganzen Ostland sind germanisch-slawisch-borussische Bevölkerungselemente in Wirtschaft und Kultur zusammengewachsen. Das Werk von Jahrhunderten soll jetzt zerstört werden, und auch die Volksabstimmung, die nach Recht und Gerechtigkeit entscheiden soll, ist nichts anderes als ein Mittel, Gemeinschaften zu zerreißen, Unfrieden zu schaffen und den Kriegszustand zu bereinigen. Eine Bevölkerung, die seit Jahrhunderten einträchtig zusammenhielt, wird in zwei Lager gespalten. Durch jedes Dorf geht der Riß. Alle Freundschaften wandeln sich in Haß. Willkürlich ist auch die Abgrenzung der Abstimmungsgebiete. Im Westen sind es die armen Reste von Westpreußen: die Kreise Stuhm und Rosenberg, sowie Teile von Marienburg und Marienwerder, im Süden Masurien und Ermland, aber nicht vollständig, da der Kreis Soldau wurde ohne weiteres an Polen gegeben, die Kreise Goldap und Angerburg bleiben ohne Abstimmung bei Preußen, und vom Ermländer Gebiet sind nur Allenstein und Kössel an der Abstimmung beteiligt.

In Marienwerder leitete die Italiener die Abstimmung. Ihr Quartiermacher, ein höherer Offizier, erzählte gleich nach seiner Ankunft, welche Miße es gelöst habe, in Italien polnische Dolmetscher auszusuchen, und er war sehr stolz, daß es ihm gelungen sei, sechs dieser seltenen Exemplare zu verpflichten. Darauf wurde er gebeten, im Automobil eine Rundfahrt durch das ganze Gebiet anzutreten. Als er von der Fahrt zurückkam, faßte er seine Eindrücke in die Worte zusammen: „Ich habe die Dolmetscher als überflüssig telegraphisch abbestellt.“

Entgegen den polnischen Erwartungen bleibt zunächst hier alles beim alten. Auch die Landräte bleiben im Dienst, kontrolliert von Ententeoffizieren. Nur der Regierungspräsident v. Dypen scheidet, nachdem er die interalliierte Kommission in die Geschäfte eingeführt hat, bis auf weiteres in das Königsberger Präsidium über.

Die Entwicklung der Stadt selbst spiegelt die politischen Geschehnisse des Reiches getreulich wider. Sie war zuletzt eine Stadt der Kasernen, Sitz des 20. Armeekorps. Und noch kaum ein Dutzend Jahre zuvor hatte ein Jägerbataillon als erste Garnison seinen Einzug gehalten. Eine „alte Freundschaft“ war schon damals im Zerbrechen. Am 27. August 1914 kamen die Russen nach Allenstein, zwei Tage später waren sie auf der Flucht. Der Name Hindenburg hat hier am Rande des Schlachtfeldes von Tannenberg einen noch tieferen Klang als sonst im Reich. Die Revolution war hier niemals bodenständig. Sie wurde wie eine fremde Gewalt herrschaft ertragen. Ein verbummelter Referendar, dessen Name heute fast schon vergessen ist, spielte sich als unumschränkter Gebieter auf. Wie weit liegt das heute zurück! Inzwischen haben auch die Reichswehrtruppen die Stadt verlassen, und ein Bataillon Engländer hat — fast unbemerkt — seinen Einzug gehalten. Nur die Buchladen tragen dem „Besuch“ Rechnung. Aus ihren Schaukästen sieht man, daß es nicht wenige deutsch-englische Sprachführer gibt, aber keinen einzigen masurisch-englischen. Wenn nicht wider Erwarten eine wesentliche Verstärkung der Besatzungstruppen erfolgt — die Italiener, die für Lyck und Sensburg ein Bataillon stellen sollen, haben vorläufig „wegen der Kälte“ abgesagt — so handelt es sich mehr um einen symbolischen Akt. Für ein Gebiet von 13 000 Quadratkilometer, dessen Grenzen nach allen Seiten kontrolliert werden sollen, wären viele Tausende erforderlich. Unter diesen Umständen sind die fremden Behörden sehr zufrieden, in der deutschen Sicherheitspolizei, die auch hier einen ausgezeichneten Eindruck macht, und in der Grenzpolizei zuverlässige Organe zu besitzen.

Die Masurien, ohne Unterschied der Sprache, sind ein streitbares und trinkfestes Geschlecht. Auch im Frieden und fern von aller Politik haben Kaufherren hier stets zu den Marktvergnügen gehört. Wenn es nun kürzlich in Ortelshurg in einer Polenversammlung zu Ausschreitungen kam, so darf das keineswegs tragisch genommen werden. Die polnischen Organe im Bezirk, die übrigens kaum 2000 Leser zählen, während die örtliche deutsche Presse mehr als 100 000 Abonnenten hat, haben sich bemüht, den Zwischenfall gewaltig aufzubauschen. Das „Blutbad von Ortelshurg“ hat aber in Wirklichkeit keine Opfer, weder an Leben noch an Gesundheit gefordert. Es handelte sich um einen spontanen Ausbruch der Erregung über die polnische Agitation. In der Abneigung gegen Polen sind, das kann mit aller Sicherheit gesagt werden, die Masurien ohne Unterschied der Partei einig. Die Prügelei in Ortelshurg war, wenn man überhaupt in diesem Zusammenhang von Parteien sprechen kann, das Werk von Bevölkerungskreisen, die den „Unabhängigen“ am nächsten stehen. Die staatlichen Behörden haben übrigens